

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstüchengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinpaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

Sernsprecher Nr. 210.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

Nr. 126.

60. Jahrgang.

Wittwoch, den 4. Juni

1913.

Wittwoch, den 4. Juni 1913,
nachmittags 2 Uhr,

sollen in der Restauration „Zentralhalle“ hier folgende Sachen, nämlich: 1 Vertikow,

1 Leuchterlampe, 2000 Stück Zigarren, 1 Kiste Ringäpfel, 1 Sofa und 2 Bierkewische an den Meistbietenden gegen sofortige Barzahlung öffentlich versteigert werden.
Eibenstock, den 3. Juni 1913.

Der Gerichtsvollzieher des Königlichen Amtsgerichts.

Der Wehrbeitrag.

In den Reichstagsverhandlungen ist eine kurze Unterbrechung notwendig geworden, damit die Budgetkommission die Deckungsvorlagen mit Vollmacht durchberaten kann. Auch die Kommission hat mit Rücksicht auf die preussischen Landtagswahlen eine zweiseitige Pause gemacht und wird in ihrer nächsten Sitzung am Mittwoch die Berechnung des Reichschahpfe-fretars über den Betrag des Wehrbeitrags vorfinden. Diese Aufstellung entspricht den in der Sitzung der Subkommission vom 29. Mai gemachten Vorschlägen, wie sie damals bekannt geworden sind. Es kam eine vorläufige Verständigung dahin zustande, daß sämtliche Vermögen von 30000 Mark aufwärts oder, wenn der Steuerpflichtige daneben ein Einkommen von weniger als 2000 Mark hat, von 50000 Mark aufwärts besteuert werden sollen. Auf Grund der damaligen Vorschläge legt das Schahamt diesem Wehrbeitrag aus dem Vermögen Beitragsjahre zu Grunde, wonach von den ersten 50000 Mark 0,1 Prozent erhoben wird. Der Prozentsatz erhöht sich dann stufenweise so, daß von einer Million 1 Prozent, von 5 Millionen 1,3 Prozent und von weiteren Beträgen 1,5 Prozent zu erheben ist. Nach den Berechnungen, die sich auf die Ergebnisse der preussischen Steuerstatistik stützen, rechnet man für Preußen einen Steuerertrag von 396 Millionen, die bis Ende dieses Jahres durch die Vermögenszunahme 450 Millionen Mark ergeben sollen. Nach dem Verhältnis von 8 : 5 berechnet das Reichschahamt die Einnahme im Reiche gegenüber Preußen mit rund 720 Millionen Mark. Nach den Kompromissvorschlägen soll aber auch noch ein Wehrbeitrag vom Einkommen erhoben werden, und zwar will man für diese Veranlagung die Einkommen über 5000 Mark mit einem von 10-15 steigenden Multiplikator kapitalisieren und diese Summe als Vermögen betrachten. Nach diesem System werden in Preußen aus dem Wehrbeitrag vom Einkommen 73,8 Millionen Mark veranschlagt. Für das Reich bedeutet das nach dem Verhältnis 8 : 5 einen Ertrag von 120 Millionen. Das Gesamtergebnis mit 840 Millionen, nämlich 720 und 120 Millionen, ist aber nicht befriedigend, weil das von der Subkommission in Aussicht genommene Kompromiß die Einbringung von mindestens 1000 Millionen Mark vorausgesetzt hat. Es fehlen also nach den Berechnungen des Reichschahamtes noch 160 Millionen, so daß die Budgetkommission aller Wahrscheinlichkeit nach, in ihrer Sitzung am Mittwoch die Höhe des Wehrbeitrags vom Vermögen entsprechend erhöhen wird. Weitzens wird bekannt, daß im Reichstage eine lebhafteste Bewegung gegen das vorgeschlagene System der Kapitalisierung der Einkommen im Gange ist. Die betreffenden Kreise erklären, es sei noch lange nicht dasselbe, ob man 50000 Mark Einkommen oder 50000 Mark Vermögen bzw. 50000 Mark Einkommen oder 725000 Mark Vermögen, bzw. gar 100000 Mark Einkommen, oder 1 1/2 Millionen Mark Vermögen habe. Die geplante Kapitalisierung müsse gerade bei den niedrigeren Einkommen ungerecht wirken. Möglicherweise wird daher auch nach dieser Richtung hin in der Kommission noch eine Aenderung vorgenommen werden. Natürlich sind auch die Kommissionsbeschlüsse nur provisorisch, denn man weiß aus Erfahrung, daß im Plenum schon häufig die Abstimmungen über wichtige Paragraphen und Gesetze denen der Kommission direkt widersprechend gelaute haben. Mitunter sind es nur wenige Stimmen, die entscheidend wirken. Deshalb ist es auch noch fraglich, ob das Plenum dem Beschlusse der Kommission über den Wehrbeitrag der Bundesfürsten zustimmen wird. In weiten Kreisen betrachtet man es als eine unabwendbare Notwendigkeit, daß die Bundesfürsten von ihrem Vermögen in demselben Maße wie die Bürger zu den einmaligen Kosten der Wehrvorlage beisteuern. Gegen den Willen der Regierung ist von der Kommission die Theorie von der Steuerfreiheit der Bundesfürsten verworfen und die Steuerpflicht ausdrücklich in das Gesetz aufgenommen worden. Sollte der Reichstag diesen Beschluß bestätigen, so dürfte die Regierung das Gesetz, wenn es

im Uebrigen seinen Intentionen entspricht, gewiß daran nicht scheitern lassen, so unangenehm ihr auch diese Bestimmung sein mag.

Die Balkan-Sphinx.

Die Tochter des Typhon und der Echidna ist unermüdet im Rätsel aufgeben, und der Mann muß sich erst gefunden werden, der aus dem stark verlaufeneren und sich ständig widersprechenden Nachrichten ein sicheres Endurteil gewinnen kann. Ein Teil der Meldungen spricht von einem eugeren Zusammenschluß Serbiens und Bulgariens, ein anderer bezeichnet die Lage wieder als sehr ernst. Was soll man da glauben? Fest steht nunmehr, daß die Unterredung zwischen Pajitsch und Geshow stattgefunden hat. Was sie für Ergebnisse gehabt, wer weiß es? auch die Meldungen hierüber sind nach inhaltlich widerspruchsvoll.

Sofia, 2. Juni. „Agence Bulgare“ meldet: Der serbische Ministerpräsident Pajitsch und der bulgarische Ministerpräsident Geshow sind heute nacht in Zarirod zusammengelassen, um ihre Ansichten über die Lage auszutauschen. Sie einigten sich prinzipiell dahin, daß die Ministerpräsidenten der vier verbündeten Staaten zusammenzutreten, um ein Einvernehmen über alle die Verbündeten berührenden Fragen herbeizuführen zu suchen.

Belgrad, 2. Juni. Offiziell wird mitgeteilt, daß in der in Zarirod stattgefundenen Zusammenkunft zwischen Pajitsch und Geshow beschlossen wurde, die territoriale Frage in einer gemeinsamen Konferenz der Ministerpräsidenten der vier Balkanverbündeten zu regeln. Privaterseits verlautet, daß die Begegnung keine genügende Grundlage zur Beseitigung der bestehenden Schwierigkeiten ergeben habe.

Wie sich die nachstehenden Meldungen zusammereimen, ist auch schwer ergründlich:

Wien, 2. Juni. Der „Südslawischen Korrespondenz“ meldet man aus Belgrad: In politischen Kreisen, die als unterrichtet gelten, erhält sich die Version, daß Ministerpräsident Pajitsch die Grundlage eines neuen Bündnisses auf breiterer Grundlage Bulgarien vorschlägt. Dieser Vorschlag Serbiens, der unter russischer Einwirkung entstanden und auch von Rußland gefördert werde, bezweckt die Schaffung eines neuen Balkanbündnisses auf ökonomisch-militärischer Grundlage. Sollte Bulgarien auf den Vorschlag nicht eingehen, so würde Serbien auf einem internationalen Schiedsspruch bestehen, um Rußland nicht in die peinliche Lage zu versetzen, nach der einen oder der anderen Seite unangenehm entscheiden zu müssen.

Wien, 2. Juni. Der „Politischen Korrespondenz“ wird aus Saloniki geschrieben: Die Lage wird als sehr ernst betrachtet. Es verlautet, daß die Griechen ihre Forderung nach Befreiung des Pangeon, sowie der Gebiete von Serres und Drama aufrechterhalten, daß aber die Bulgaren ebenso entschieden auf ihren Forderungen bestehen. Die Nachricht, daß die 7. Division von den Bulgaren abgeschnitten sei, wird von griechischer Seite als falsch bezeichnet. Dagegen bewahrt sich, daß die Griechen sich auch von Litwan zurückgezogen haben. Die Behörden haben die Abreise aller ehemaligen ottomanischen Staatsangehörigen sowie der griechischen Staatsangehörigen im Alter bis zu fünfzig Jahren untersagt. Die Depeschenzensur ist verschärft worden.

Paris, 2. Juni. Der Belgrader Korrespondent des „Matin“ berichtet, daß der Kriegsminister Bojanowitsch ihm unter anderem erklärt habe: Die Lage ist überaus ernst und die Spannung zwischen Serbien und Bulgarien unvermindert. Ich hoffe aber trotz alledem, daß ein Bruderkrieg vermieden werden wird. Serbien hofft, daß die mit ihm befreundeten Großmächte Bulgarien davon überzeugen werden, daß es in der Frage der Teilung der eroberten Gebiete den serbischen Standpunkt einnehmen müsse. Serbien werde alle von seiner Armee besetzten Gebiete behalten, Prelep, Beles, Dschirid und Monastir werden serbisch bleiben. Wenn unglücklicher-

weise ein Krieg unvermeidlich wird, dann wird er kurz, aber blutig sein. Die bulgarische Armee ist ausgezeichnet, die bulgarischen Soldaten sind Helden wie die unserigen. Jedenfalls ist die serbische Armee für jede Eventualität bereit, wenn es nötig würde, könnten sie morgen ins Feld ziehen.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Der Kaiser Ehren doktor aller deutschen Hochschulen. Unter den Gratulanten zum Regierungsjubiläum unseres Kaisers wird sich außer den Vertretern der deutschen Universitäten auch eine Deputation der Technischen Hochschulen befinden. Die deutschen Technischen Hochschulen beabsichtigen, dem Kaiser eine tabula gratulatoria überreichen zu lassen. Der Sprecher wird in einer kurzen Rede dem Kaiser die Mitteilung machen, daß sämtliche elf deutschen Hochschulen ihn zum Doktor-Ingenieur honoris causa ernannt haben.

Die Braunschweigische Thronbesteigung. In Gmundener Camorlandischen Hofkreise wird versichert, daß die Braunschweigische Thronbesteigung durch den Prinzen Ernst August binnen drei Monaten erfolgen wird. Die amtliche Bestätigung werde jedoch nicht vor Bekanntgabe des Bundesratsbeschlusses erfolgen.

Deutschland und die Affäre Rebl. In mehreren Zeitungen ist die Vermutung ausgesprochen worden, daß der österreichische Oberst Rebl auch Geheimnisse des deutschen Generalstabes verraten haben könnte. Hierzu wird dem Wolffschen Telegraphen-Bureau von zuständiger Seite mitgeteilt, daß die Beziehungen zu der Nachbarmonarchie zwar die denkbar günstigsten sind und zu gegenseitigen Besuchen geführt haben, daß dies aber nicht einen Austausch der militärischen Geheimnisse zur Folge gehabt hat. Es liegt auf der Hand, daß derartige Material, welches selbst im eigenen Generalstab nur einigen wenigen Persönlichkeiten bekannt ist, nicht zur Kenntnis einer von auch befreundeten, so doch immerhin fremden Macht gebracht wird. Die von einigen Zeitungen gebrachte Nachricht, Oberst Rebl sei zur Zeit der bosnischen Krise in Berlin gewesen und habe dort mit dem Chef des Generalstabes der Armee konferiert, ist völlig aus der Luft gegriffen. Es liegt daher kein Grund zu der Behauptung vor, daß durch den Landesverrat des österreichischen Offiziers die deutsche Heeresverwaltung in Mitleidenschaft gezogen worden ist.

Frankreich.

Die dreijährige Dienstzeit in der französischen Kammer. Die französische Kammer begann am Montag die Beratung des Gesetzesentwurfs über die dreijährige Dienstzeit. Le Herisse, der Präsident der Heereskommission, sprach zugunsten des Entwurfs.

England.

Anfragen im englischen Unterhause. Der Erste Lord der Admiralität, Winston Churchill, sagte in Erwiderung auf eine Anfrage: Die neue Lage, welche durch die Ablehnung der kanadischen Flottenvorlage geschaffen sei, erfordere die Aufmerksamkeit der Regierung und werde sie haben. Churchill sprach die Hoffnung aus, daß er in der Lage sein werde, über diese Sache im Laufe des Juni eine Erklärung abgeben zu können. Der Abgeordnete King (liberal) richtete eine Anfrage an den Ministerpräsidenten Asquith, ob es ihm bekannt sei, daß sowohl in England wie auch in Deutschland Anspielungen gemacht worden seien, daß gewisse Herrschaften und gewisse mit diesen verkehrende Personen, zu denen auch Parlamentsmitglieder gehörten, sich dazu hergeben hätten, alarmierende und falsche Gerüchte über die Rüstung auszusprechen. Ministerpräsident Asquith erwiderte: Wir haben nichts damit zu tun, was in derartigen Dingen in Deutschland vor sich geht. Soweit dies Land in Frage kommt,